

Sperrfrist bis Dienstag, 16. August 2022, 100 Sekunden vor 12 Uhr Mittags!

Factsheet Nürnberg

Um die globale Erhitzung deutlich unter 2 Grad, möglichst 1,5 Grad zu halten – wozu sich Deutschland mit seiner Unterschrift unter das Pariser Klimaabkommen völkerrechtlich verbindlich bekannt hat - dürfen nicht mehr beliebig viele Treibhausgase ausgestoßen werden. Für Deutschland ermittelten der Weltklimarat und der Sachverständigenrat Umwelt ein CO₂-Restbudget von 3-6 Gigatonnen, bevor es gegen dieses Ziel verstößt bzw. auf Kosten anderer Länder und künftiger Generationen lebt.¹ Für Nürnberg bedeutet dies ein Restbudget von 23 Millionen Tonnen.²

Damit Nürnberg bis 2030 klimaneutral werden kann, haben Fridays und ScientistsForFuture zum Kommunalwahlkampf 2020 das Forderungspapier „Nürnberg muss handeln!“ erstellt:³ Mit den dort präsentierten und begründeten 12 Forderungen könnte die Stadt das schaffen. Leider sieht es nicht danach aus, als ob die Stadt hier auf Kurs ist:

- Nürnberg ist dem Beispiel anderer Städte noch nicht gefolgt und hat das Bestehen eines Klimanotfalls noch nicht anerkannt. Entsprechend ist dies noch nicht Grundlage des Handelns für Stadtgesellschaft, -rat und -verwaltung.
- Die Tatsache, dass am Ausbau des Frankenschnellweg festgehalten wird, zeigt, dass auch Nürnberg den motorisierten Individualverkehr über den Öffentlichen Personennahverkehr stellt.
- Während Geld für das von den BürgerInnen mit großer Mehrheit geforderte 365 Euro Ticket fehlt, gibt es hunderte Millionen, um den Frankenschnellweg auszubauen.⁴ Dabei könnten letztere in den Ausbau des ÖPNV im Bereich Nürnberg-Fürth gesteckt werden
- Um eine höhere Beteiligung des Freistaates am 365 Euro Ticket wird nicht gekämpft, um eine erhöhte Beteiligung an der Finanzierung des Frankenschnellwegs schon.
- Möglichkeiten, das 365 Euro-Ticket querzufinanzieren wie etwa nach Autogröße gestaffelte Parkgebühren in städtischen Parkhäusern, eine City Maut, drastisch erhöhte Gebühren für Anwohnerparken, Zweitautos und deren Stellplätze werden nicht energisch genug verfolgt.
- Die konsequente und transparente Umnutzung und Begrünung von Auto-Parkflächen wird nicht betrieben.
- Dort, wo der Freistaat Bayern solche Anstrengungen blockiert, wird dies nicht deutlich genug kommuniziert.
- Vieles beim kommunalen Versorger, der N-Ergie, lässt auf Greenwashing schließen. Anders als München erzeugt die N-Ergie nur 1% ihres Stroms als erneuerbare Energie. Hier sollte die Stadt Nürnberg ihren Einfluss im Aufsichtsrat energischer nützen, denn die 10-H-Regel, die in der Vergangenheit Dinge behinderte, wackelt schließlich.⁵
- Obwohl der Flughafen unrentabel ist, wird er als teures Prestigeobjekt weiter betrieben.
- Nürnberg kämpft nicht erkennbar mit dem Freistaat um mehr baurechtliche Freiräume bei sinnvollen Maßnahmen, etwa in der Sanierung denkmalgeschützter Gebäude oder Photovoltaikanlagen auf denkmalgeschützten Gebäuden.

1

https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2020_2024/2022_06_fragen_und_antworten_zum_co2_budget.html

² https://www.nuernberg.de/internet/klimaschutz/klimaschutz_nbg.html

³ https://nuernbergforfuture.de/wp-content/uploads/2020/11/NuernbergmussHandln_Forderungen_finale-Version.pdf

⁴ Aktueller Stand: 635 Millionen Euro, davon 135 Millionen Eigenbeteiligung der Stadt.

https://www.nuernberg.de/internet/soer_nbg/fsw_kosten.html

⁵ <https://www.nordbayern.de/region/nuernberg/energiewendebundnis-kritisiert-okostrom-vorhaben-der-n-ergie-1.10620045>

Sperrfrist bis Dienstag, 16. August 2022, 100 Sekunden vor 12 Uhr Mittags!

- Aber auch bei nicht-denkmalgeschützten Gebäuden sind die Sanierungsziele der Stadt Nürnberg, verglichen mit anderen Städten, z.B. Bottrop, wenig ambitioniert.⁶
- Hinsichtlich der Finanzierung eines sozial-ökologischen Umbaus sollten auch umstrittene Großprojekte überdacht werden. Sind Frankenschnellweg, Opernhaus⁷ oder überzogene und fragwürdige Mietzahlungen für neue Museen⁸ wirklich wichtiger, um kommunale Gelder darin mit- zu versenken?
- Um Vorstellungen der Bürger besser einzubeziehen und eine Umsetzung von Beschlüssen sicherzustellen ist die Einsetzung von BürgerInnenräten erforderlich.⁹
- Und wo immer Bundes- oder Landesvorgaben Projekte durch rechtliche oder finanzielle Vorgaben behindern, die der Stadtrat hinsichtlich der sozial-ökologischen Wende mitzutragen bereit wäre, sollte dies deutlichst öffentlich kommuniziert werden. Nur wenn dieses Wissen vorhanden ist, kann die Zivilgesellschaft sich an entsprechender Stelle für Veränderung engagieren.

Nach dem Abflauen der FFF Großdemos und Corona war das Klimacamp am Sebalder Platz ein Stachel im Fleisch der Stadt und hielt die Problematik von Klimawandel und Artensterben unübersehbar im Bewusstsein von Stadtgesellschaft, Stadtrat und Stadtverwaltung und drohte „Wir bleiben, bis ihr handelt!“.

Seit der Einstellung dieser Mahnwache lassen die Anstrengungen der Stadt erkennbar nach. Und so möchte die heutige Blockade ein neuer Anlauf sein, auch Nürnberg an seine Verantwortung zu erinnern, sich dem fossilen Weiter-So mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln in den Weg zu stellen.

⁶ Bottrop glänzt mit einer außergewöhnlich hohen Sanierungsrate, die bis zu 8% des Hausbestands pro Jahr betrug. <https://www.enbause.de/daemmung/aktuelles/artikel/bottrop-glaenzt-mit-hoher-sanierungsquote-1966.html> Nürnberg hat laut Energieeffizienzstrategie das Ziel, 80% des eigenen Baubestands bis 2050 saniert zu haben.

⁷ Sanierung des Opernhauses: 500 Millionen Euro, vorübergehender Umzug in den Nazi-Kongressbau 100 Millionen Euro <https://www.br.de/nachrichten/bayern/nuernberger-stadtrat-beschliesst-umzug-der-oper-in-nazi-bau,SrFnDwY> - <https://www.br.de/nachrichten/bayern/opernhaus-in-nuernberger-nazi-bau-wird-100-millionen-euro-kosten,Sr6ZcbF>

⁸ Der Oberste Rechnungshof rügt städtische Mietzahlungen für das Zukunftsmuseum in Höhe von 200 Millionen Euro. Nutznießer ist ein bekannter Großspender für die CSU <https://www.zeit.de/news/2022-05/13/rechnungshof-hinterfragt-mietvertrag-fuer-zukunftsmuseum>

⁹ Der Bürgerrat Klima belegt: Wissenschaftlich beraten, professionell moderiert und ohne Lobbyisteneinfluss sind BürgerInnen zu weitreichenden und angemessenen Maßnahmen bereit. BürgerInnenräte stellen zudem sicher, dass die Umsetzung langfristiger Maßnahmen durch wechselnde parlamentarische Mehrheiten nicht gefährdet werden.